Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7369**

16. Wahlperiode 28. 11. 2007

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Trittin, Kerstin Müller (Köln), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/7101 –

Spekulationen über israelische Luftangriffe in Nordsyrien und angebliche syrische Nuklearaktivitäten

Vorbemerkung der Fragesteller

Deutsche und internationale Zeitungen berichteten über Luftschläge durch israelische Kampfjets in Nordsyrien nahe der türkischen Grenze in der Nacht vom 5./6. September 2007 (Janes Defense Weekly, 19. September 2007). F-15-I Bomber sollen demnach Ziele in Syrien angegriffen und auf dem Rückflug Zusatztanks über türkischem Staatsgebiet abgeworfen haben.

Syrien hat gegen die Angriffe protestiert und bekannt gegeben, dass es keine Opfer gegeben habe. Weitere Stellungnahmen wurden nicht abgegeben. Die israelische Regierung bestätigte den Vorfall zunächst nicht. Der israelische Vorsitzende der Likud-Partei, Benjamin Netanjahu, hat laut Bericht der israelischen Tageszeitung „Haaretz“ vom 20. September 2007 bestätigt, dass er über die Angriffe „von der ersten Minute an“ informiert gewesen sei und diese unterstützt habe, da sie der Sicherheit Israels dienten. Der Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, General Amos Yadlin, sagte vor dem Kabinett, Israel habe nun seine Abschreckungsfähigkeiten wiederhergestellt (New York Times, 21. September 2007), nachdem es infolge des Libanonkrieges in Israel Sorge über eine mögliche neue Eskalation mit Syrien gab.

Laut verschiedenen Quellen haben israelische und amerikanische Offizielle als Hintergrund den möglichen Aufbau eines syrischen Nuklearprogramms bzw. das Outsourcen nordkoreanischer Urananreicherungskapazitäten genannt. Syrien betreibt bislang unter Kontrolle der IAEO (Internationale Atomenergieorganisation) einen nuklearen Forschungsreaktor chinesischer Herkunft, der nicht im Verdacht steht, nuklearwaffenfähiges Material produzieren zu können. Die seit 10 Jahre laufenden Verhandlungen mit Russland über die Lieferung eines größeren Reaktors blieben bislang ergebnislos.

Laut Bericht der „Washington Post“ vom 21. September 2007 habe der israelische Geheimdienst bereits früher US-Behörden über die Präsenz nordkoreanischer Nuklearexperten in Syrien informiert. Die Bush-Administration habe die Erkenntnisse bestätigt, aber wegen der laufenden Verhandlungen mit

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 26. November 2007 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Nordkorea von einem Militärschlag abgeraten. Die Qualität der geheimdienstlichen Erkenntnisse ist nach Einschätzung des Berichtes unklar. Nach anderen Äußerungen stünden die bombardierten Anlagen in Zusammenhang mit dem syrischen Rüstungsprojekt für Mittelstreckenraketen. Eine Schiffsladung mit nordkoreanischer Ladung, die als Zement deklariert gewesen sei, sei drei Tage vor dem Angriff angekommen und zu einer der Einrichtungen gebracht worden, die bombardiert worden sei. Die USA seien vorab über die Bombardierung informiert gewesen (New York Times 21. September 2007). Präsident George W. Bush hat auf direkte Nachfrage am 20. September 2007 eine Auskunft zu diesem Thema verweigert, aber an Nordkorea appelliert, jegliche Proliferation zu unterlassen, um den Verhandlungsprozess nicht zu gefährden.

Die „New York Times“ berichtete am 27. Oktober 2007, dass Satellitenfotos des von Israel mutmaßlich angegriffenen Stützpunktes vor und nach den Luftangriffen belegen, dass dort eine größere Anlage existierte, bei der es sich um einen im Bau befindlichen Reaktor handeln könnte. Das ca. 46 m (150 Fuß) lange quadratische Gebäude wurde dem Bericht zufolge offenbar kurz nach den Angriffen in großer Eile komplett entfernt. Nach Einschätzung des früheren UN-Waffeninspekteurs und Präsident des Institute for Science and International Security David Albright entspricht das Gebäude „nordkoeranischem Reaktor-Design“. Syrien hat die Vorwürfe nicht kommentiert und Nuklearaktivitäten abgestritten.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Soweit bei der Beantwortung der folgenden Fragen nachrichtendienstliche Zusammenhänge betroffen sind, wird darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung diese nur in den zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages beantwortet. Damit ist keine Aussage darüber getroffen, ob die den Fragen zu Grunde liegenden Annahmen zutreffen oder nicht.

1. Welche direkten oder indirekten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die genannten Vorfälle?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung sowie die Antworten zu den Fragen 2 und 6 wird verwiesen.

2. Hat sich die Bundesregierung um Aufklärung der Hintergründe bemüht, und welche Informationen hat sie darüber von den Partnern, Israel und den Vereinigten Staaten erhalten, welche Reaktionen gab es von syrischer Seite?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung hat die syrische Regierung den Angriff mehrfach öffentlich scharf verurteilt, zugleich aber dementiert, dass dabei militärische Anlagen getroffen worden wären. Am 11. September 2007 hat Syrien in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, gegen die Angriffe protestiert. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über nordkoreanische oder iranische Rüstungs- und nukleare Proliferationsaktivitäten im Nahen Osten und in Syrien?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Studie des Institute for Science and International Security, die aufgrund der Auswertung von Satellitenbildern nahelegt, dass an dem von Israel bombardierten Ort eine Anlage verschwunden ist, die in ihrer Form auf einen möglichen im Bau befindlichen Atomreaktor hindeutet?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bzw. die IAEO über syrische Ambitionen oder bereits vorhandene Aktivitäten zum Auf- und Ausbau eines Nuklearprogramms oder dem Erwerb entsprechender Forschungserkenntnisse und der Kooperation mit anderen Nuklearmächten?

Syrien hat gemäß seiner Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag ein Sicherungsabkommen mit der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO abgeschlossen, das Syrien verpflichtet, spaltbares Material IAEO-Kontrollen zu unterstellen. Anlagen, in denen Spaltmaterial verarbeitet wird, müssen der IAEO bereits zum Zeitpunkt des Baubeschlusses gemeldet werden. Der aktuelle Jahresbericht der IAEO weist für Syrien lediglich einen Forschungsreaktor in Damaskus aus, der gemäß diesem Sicherungsabkommen unter IAEO-Kontrolle steht. Die IAEO hat nach Kenntnis der Bundesregierung darüber hinaus keine Informationen über im Bau befindliche meldepflichtige Anlagen in Syrien erhalten. Die Untersuchung der in Frage 4 erwähnten kommerziellen Satellitenbilder durch die IAEO ist nach Kenntnis der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen. Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation, Dr. Mohamed ElBaradei, hat sich enttäuscht darüber geäußert, dass Mitgliedstaaten der IAEO keine Materialien zur Aufklärung des Sachverhalts bereitgestellt haben. Konkrete Pläne Syriens zum Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie sind der Bundesregierung nicht bekannt. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

6. Wie bewertet die Bundesregierung die israelischen Angriffe völkerrechtlich und im Hinblick auf die angespannte Lage zwischen Israel und Syrien?

   Wie bewertet sie israelische, syrische und türkische Reaktionen auf die Ereignisse?

Syrien hat in dem in der Antwort zu Frage 2 erwähnten Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, den israelischen Angriff als Verletzung seines Luftraums und Angriff auf sein Territorium bezeichnet. Die Bundesregierung verfügt nicht über ausreichende eigene Erkenntnisse, die eine eingehende völkerrechtliche Bewertung ermöglichen würden.

7. Hat die Bundesregierung Hinweise, dass die Angriffe negative Auswirkungen auf die UNIFIL-Friedenstruppe, einschließlich der deutschen Soldatinnen und Soldaten haben, und welche eigenen Aktivitäten unternehmen die Bundesregierung und die EU im Zusammenhang mit den Angriffen angesichts der im Libanon direkt von regionalen Spannungen bedrohten UNIFIL-Friedenstruppe?

Der Bundesregierung sind solche negativen Auswirkungen nicht bekannt.

8. Wie bewertet sie vor dem Hintergrund der Vorwürfe und Angriffe gegen Syrien und der jüngsten Aussagen französischer und amerikanischer Politiker über einen „Krieg als letztes Mittel“ die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Schlages Israels oder der USA gegen iranische Nuklearanlagen, und wie schätzt sie mögliche Folgen eines solchen militärischen Vorgehens ein?

Die Bundesregierung hat wiederholt deutlich gemacht, dass sie alle Anstrengungen unternimmt, um in der Auseinandersetzung um das iranische Nuklearprogramm eine Verhandlungslösung zu erzielen. Darin ist sie sich mit den E3 plus 3-Partnern einig.

9. Welche Auswirkungen haben nach Meinung der Bundesregierung die Vorwürfe gegenüber Nordkorea für die Sechs-Parteien-Gespräche mit Nordkorea und welche Haltung vertritt die Bundesregierung im Verhandlungsprozess?

Inwieweit die in Presseberichten erhobenen Vorwürfe gegenüber Nordkorea Einfluss auf den Fortgang der Sechs-Parteien-Gespräche gehabt haben, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Die Bundesregierung ist an den Sechs-Parteien-Gesprächen nicht beteiligt; sie verfolgt diesen Verhandlungsprozess mit großer Aufmerksamkeit und begrüßt die sich abzeichnende Verringerung der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel.

10. Welche Auswirkungen haben die Luftangriffe nach Auffassung der Bundesregierung auf die laufenden Bemühungen um eine friedliche Lösung des Atomstreits mit dem Iran?

Der Bundesregierung sind solche Auswirkungen nicht bekannt.

11. Sieht die Bundesregierung mögliche Auswirkungen der Vorfälle auf die geplante Nahostkonferenz im November im Hinblick auf eine in Aussicht gestellte Teilnahme Syriens?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung nimmt die syrische Regierung an der Nahostkonferenz teil.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333